

Mehr Bürokratie nützt dem Klimaschutz kaum

Der Think-Tank Avenir Suisse warnt vor Milliardenkosten, falls die Schweiz die neue EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung übernimmt

CHRISTIN SEVERIN

Im Englischen gibt es das Bonmot: «If you can't measure it, you can't improve it.» Im Deutschen wird das sinngemäss übersetzt mit: «Nur was messbar ist, lässt sich auch verbessern.» Dieser Gedanke liegt der Berichterstattung zur Nachhaltigkeit zugrunde. Nur wenn Firmen Massnahmen für den Umweltschutz prüfbar messen, können sie ihre Fortschritte glaubhaft und transparent darlegen.

Nur: Wie viel Messung und Berichterstattung braucht es, damit gute Resultate erreicht werden? Und wann kommt der Punkt, an dem man sich in den Zahlen verliert und vor lauter Berichterstattung weniger Geld für das Erreichen des eigentlichen Zieles bleibt?

Der Think-Tank Avenir Suisse hat in einer neuen Analyse untersucht, was die Pflichten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung die Schweizer Unternehmen kosten und in Zukunft kosten könnten. Er ist dabei auf einen Milliardenbetrag gekommen. Zu viel, findet Avenir Suisse. Aufwand und Ertrag drohten aus der Balance zu geraten.

Keine Notwendigkeit

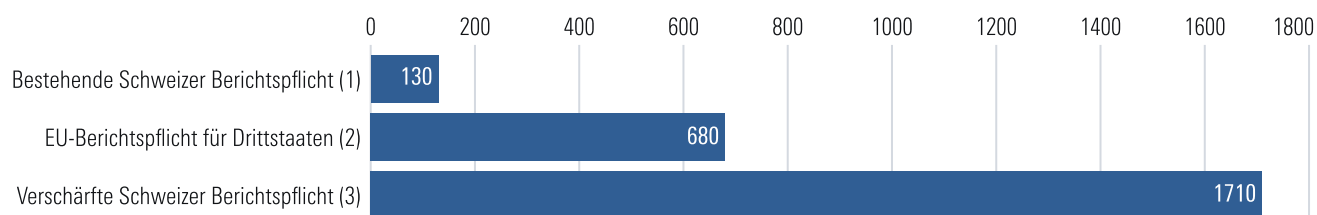
«In Zeiten, in denen sich die Schweiz mit amerikanischen Zöllen von 39 Prozent konfrontiert sieht und die EU erwägt, ihre eigene Regulierung zu lockern, muss der Bund den Nutzen der Regulierung klar darlegen», sagt Michele Salvi, Studienautor und Vizedirektor von Avenir Suisse.

Der Anlass für die Analyse ist, dass der Bundesrat erwägt, die umfangreiche EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung zu übernehmen. Eingeleitet wurde die Angleichung der Schweizer Regulierung an jene der EU 2024 mit einer Vernehmlassung. Dieses Geschäft wurde kürzlich verschoben, soll jedoch im Frühjahr 2026 wieder aufgenommen werden.

Sollte der Bundesrat das EU-Gesetz in seiner jetzigen Form übernehmen, könnten die Kosten für Schweizer Unternehmen gemäss den Berech-

Was eine Übernahme des EU-Rechts kosten würde

Jährliche Kosten für Schweizer Firmen in Millionen Franken

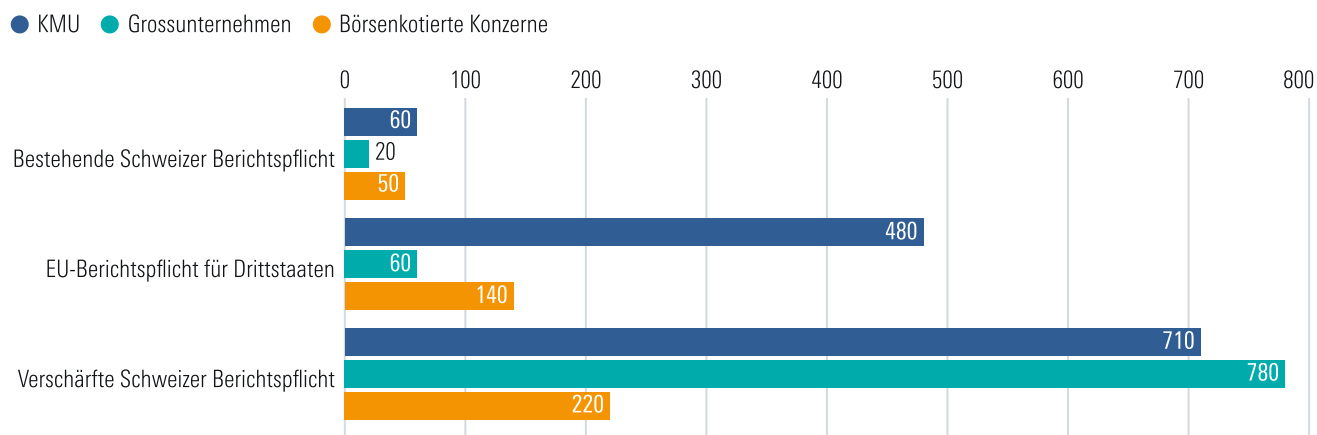


1) Gilt seit 2023 für Schweizer Konzerne. 2) Gilt seit 2028 für Firmen mit EU-Geschäft oder als Zulieferer. Falls die EU ihre Vorschriften gemäss der sogenannten Omnibus-Initiative lockert, dürften die Kosten für Schweizer Firmen um 290 Mio. Fr. sinken. 3) Gilt für den Fall, dass der Bundesrat die Nachhaltigkeitsberichterstattung der EU übernimmt.

NZZ / sev.

Schweizer KMU würden bei einer Angleichung an die EU-Regulierung besonders stark belastet

Jährliche Kosten für Schweizer Firmen in Millionen Franken



NZZ / sev.

nungen von Avenir Suisse auf bis zu 1,7 Milliarden Franken pro Jahr steigen. Das sei genug, um die CO₂-Emissionen der öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz mit kostspieliger Technologie aus der Luft zu filtern, moniert der Think-Tank.

Dabei ist es nicht so, dass Schweizer Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit machen können, was sie wollen. Eine Berichtspflicht gilt seit 2023 bzw. 2024 für Unternehmen mit mehr als

500 Mitarbeitenden und einem Umsatz von über 40 Millionen Franken bzw. einer Bilanzsumme von 20 Millionen Franken. Doch die Schweizer Regulierung ist im Vergleich mit jener der EU deutlich schlanker. Ihre Kosten schätzt Avenir Suisse auf jährlich 130 Millionen Franken.

Doch dabei dürfte es nicht bleiben. Die EU hat ihre Offenlegungspflichten 2024 mit der Corporate Sustainability Reporting Directive stark aus-

geweitet. Das hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Hiesige Unternehmen, die entweder Tochterfirmen in der EU haben oder als Zulieferer in EU-Lieferketten tätig sind, sind bis spätestens 2028 davon betroffen.

Michele Salvi und Philippe Güttinger von Avenir Suisse berechnen, dass diese Firmen für die Berichterstattungspflichten jährlich rund 680 Millionen Franken aufwenden müssten – 550 Millionen mehr als nach geltender

Schweizer Regulierung. Rund 70 Prozent dieser Mehrkosten dürften bei KMU anfallen.

In der EU selbst regt sich zunehmend Kritik an der hohen administrativen Last der Regulierung. Die EU-Kommission reagierte im Frühjahr 2025 mit der sogenannten «Omnibus-Initiative» darauf. Diese sieht höhere Schwellenwerte für Unternehmen vor, längere Übergangsfristen und mehr Spielraum bei der Umsetzung. Für Schweizer Unternehmen würden die Omnibus-Vereinfachungen die Kosten um geschätzte 290 Millionen Franken reduzieren.

Unklarer Nutzen

Der Avenir-Suisse-Ökonom Salvi meint, dass Bundesrat und Parlament in dieser Situation gut beraten wären, die Auflagen für Schweizer Firmen nicht auf eigene Initiative weiter zu verschärfen. «Für die Schweiz besteht keine Verpflichtung, die EU-Regulierung zu übernehmen», sagt Salvi. «Wir sollten mindestens abwarten, ob und welche Erleichterungen die EU-Länder beschliessen.»

Zunächst einmal sollte sauber und systematisch evaluiert werden, welchen Nutzen die gegenwärtige Schweizer Berichtspflicht gebracht habe. Dazu habe der Bund bisher keinen Bericht veröffentlicht. Wegen der hohen Kosten für die Wirtschaft sei das aber unbedingt angezeigt.

Anders sieht das Damian Oettli von WWF Schweiz. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung sieht er als wichtigen Schritt zur Ermittlung des ökologischen Fussabdrucks von Firmen. Wenn es für die KMU schwierig sei, solle man nicht die Regulierung reduzieren, sondern in Werkzeuge investieren, die ihnen das Reporting erleichterten.

Avenir Suisse hingegen drängt darauf, dass der Bundesrat vor einer allfälligen Verschärfung der Schweizer Berichtspflicht darlegt, worin ihr Mehrwert besteht. «Der Prüfstein ist der Nutzen in der Praxis», sagt Salvi. «Hier liegt die Beweislast beim Regulator.»